

Fragen

für die Fragestunde der 120. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 23. Oktober 2019

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 62
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 32	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	66, 67
Brandner, Stephan (AfD)	21, 33	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 58
Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57
Busen, Karlheinz (FDP)	11, 63	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	16
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	31, 36	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	24
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 50	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	4, 34
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	22, 23	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 3
Herbrand, Markus (FDP)	5	Renner, Martina (DIE LINKE.)	13
Herbst, Torsten (FDP)	15, 53	Reuther, Bernd (FDP)	49
Hocker, Gero Clemens, Dr. (FDP)	39, 40	Scheer, Nina, Dr. (SPD)	9
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	64	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	26, 37	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	19, 20	Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	55
Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46	Tressel, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 38
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 65	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 28
Klinge, Marcel, Dr. (FDP)	27	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	42, 43
Kluckert, Daniela (FDP)	10, 54		
Konrad, Carina (FDP)	41		

Abgeordnete

*Nummer
der Frage*

Zimmermann, Sabine (Zwickau)
(DIE LINKE.)35, 44

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	20

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Was konkret bedeutet die Aussage von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag (Plenarprotokoll 19/118) zum Europäischen Rat am 17./18. Oktober 2019 in Brüssel „[...] Deshalb müssen wir auch über eine faire Lastenteilung auf der Finanzierungsseite und einen Rabatt für Deutschland sprechen“ (bitte Höhe des Rabatts angeben), und inwiefern widerspricht diese Aussage nicht dem Koalitionsvertrag (Seite 7: „Wir wollen ein Europa [...] der Investitionen“)?

2. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche „Mittel und Anstrengungen“ müssen nach Ansicht der Staatsministerin und Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration als Reaktion auf die rechtsterroristisch motivierten Taten in Halle am 9. Oktober 2019 „deutlich verstärkt“ werden (www.tagesspiegel.de/wirtschaft/giffey-streicht-anti-nazi-projekte-wieviel-geld-braucht-der-kampf-gegen-rechts/25115728.html), und gibt es bereits konkrete Planungen für ein Sonderkabinett für Zusammenhalt und gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit (Tweet von @AWidmannMauz vom 10. Oktober 2019, <https://twitter.com/AWidmannMauz/status/1182259918587473920>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Gründe bzw. Überlegungen liegen der Kürzung der Integrationspauschale von 700 Millionen Euro (2020) auf 500 Millionen Euro (2021) bei der Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten zugrunde (www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/integrationskosten-1674912), und in welcher Form plant die Bundesregierung, die Reduzierung im Bundeshaushalt an anderer Stelle zugunsten von Ländern bzw. Kommunen zu kompensieren?

4. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
Wie steht die Bundesregierung zur seitens des Bundesministers der Finanzen verlautbarten Absicht, zur Not auch ohne ausreichende EU-weite Abstimmung eine Finanztransaktionssteuer am

Aktienmarkt einzuführen, welche von institutionellen Anlegern im Gegensatz zu privaten (Klein-)Anlegern einfach umgangen werden könnte (n-tv vom 14. Oktober 2019, www.n-tv.de/ratgeber/Scholz-bittet-Klein-Anleger-zur-Kasse-article21329139.html, zuletzt aufgerufen am 17. Oktober 2019)?

5. Abgeordneter
Markus Herbrand
(FDP)
- Wie steht die Bundesregierung der Kritik an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz, Bundestagsdrucksache 19/11085) gegenüber, die besagt, dass das Reformmodell die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht erfüllt, weil die einzelnen wirtschaftlichen Einheiten innerhalb der jeweiligen Gemeinde im Verhältnis zueinander realitätsgerecht bewertet werden müssen (vgl. u. a. öffentliche Anhörung im Finanzausschuss des Bundestages zur „Reform der Grundsteuer“, Bundestagsdrucksachen 19/11085, 19/11086, 19/11125, 19/11144 und 19/7980) vom 11. September 2019)?
6. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, in dem „Dumpingpreise bei Flugtickets verhindert werden, indem diese nicht zu einem Preis unterhalb der anwendbaren Steuern, Zuschläge, Entgelte und Gebühren verkauft werden“ (Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050, www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1679914/e01d6b855f09bf05cf7498e06d0a3ff/2019-10-09-klima-massnahmen-data.pdf?download=1, S. 67), nachdem dieser Vorschlag trotz Ankündigung der Bundesregierung im Klimaschutzprogramm (vgl. Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung, S. 67) nun doch nicht im Zuge der Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes aufgegriffen wurde (vgl. Kabinettsbeschluss vom 16. Oktober 2019 zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes vom 15. Oktober 2019), und welche Effekte für den Klimaschutz erhofft sich die Bundesregierung von dem von ihr beschriebenen Mechanismus zur Verhinderung von Dumpingpreisen bei Flugtickets?
7. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen ermöglicht die Bundesregierung, in dem am 16. Oktober 2019 im Kabinett beschlossenen Entwurf zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes weiterhin die Möglichkeit die Steuersätze zu senken (vgl. Kabinettsbeschluss vom 16. Oktober 2019 zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes

setzes vom 15. Oktober 2019, Artikel 1 Absatz 6b), obwohl der Referentenentwurf vom 2. Oktober 2019 noch eine Streichung der Möglichkeit zur Steuersenkung vorsah (vgl. Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen vom 2. Oktober 2019, www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_III/19_Legislaturperiode/G-Aenderung-Luftverkehrssteuergesetz/1-Referentenentwurf.pdf?__blob=publicationFile&v=2, Artikel 1 Absatz 6b), und welche Effekte für den Klimaschutz erhofft sich die Bundesregierung von der weiterhin bestehenden Möglichkeit zur Steuersenkung?

8. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum unterstützt die Bundesregierung nicht das Ziel der Europäischen Investitionsbank, zukünftig keinerlei fossile Projekte mehr zu finanzieren (vgl. www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/eu-bank-will-klima-problem-bis-november-aussitzen/), und wie bewertet die Bundesregierung ihre Haltung vor dem Hintergrund der europäischen und international zugesagten Klimaziele?
9. Abgeordnete
Dr. Nina Scheer
(SPD)
- Wie wird sich die Bundesregierung zu der Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB) im Energiesektor und insbesondere zur Rolle von Erdgas als Brückentechnologie positionieren, die voraussichtlich in der nächsten Verwaltungsratssitzung am 14. November 2019 verabschiedet werden soll – vor allem mit Blick auf Presseberichte (www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/wird-deutschland-die-eib-entscheidung-gegen-erdgas-blockieren), die über eine Blockadehaltung der Bundesregierung zu den Plänen der EIB – Investitionen in fossile Brennstoffe auslaufen zu lassen – informieren?
10. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Welche steuerlichen Vorteile plant die Bundesregierung für andere CO₂-neutrale Kraftstoffarten zusätzlich zu den im „Entwurf eines Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften“ vorgestellten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

11. Abgeordneter
Karlheinz Busen
(FDP)
- Plant die Bundesregierung baurechtlich die Schaffung einer Privilegierung für das Bauen mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz, und soll planungsrechtlich das Bauen mit Holz im Rahmen der Kompensation von Eingriffen in Natur und Umwelt positiv angerechnet werden?
12. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung im Rahmen der Feierlichkeiten zu „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ auch eine Veranstaltung auf oder an der Bösebrücke in Berlin-Pankow, um der erstmaligen Öffnung der Berliner Mauer am Grenzübergang Bornholmer Straße vom 9. November 1989 vor Ort zu gedenken, und wie wird für diese Veranstaltung geworben?
13. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Ist die Sachakte des Bundesamtes für Verfassungsschutz „Doppel­mord am 19. Dezember 1980 in Erlangen“ (vgl. Bundestagsdrucksache 18/11602) nach Kenntnis der Bundesregierung im Bundesarchiv oder im Bundesamt für Verfassungsschutz gemäß Archivrecht einsehbar (bitte mit Begründung beantworten)?
14. Abgeordneter
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche rechtsextremen Vereine plant das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zu verbieten, wie es der Bundesinnenminister in der Plenardebatte zum Tagesordnungspunkt „Bekämpfung des Antisemitismus nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle“ am 17. Oktober 2019 sowie am 12. Oktober 2019 im MDR (www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/seehofer-prueft-verbot-rechtsextremer-gruppen-100.html) ankündigte, und wann ist mit den Verboten zu rechnen?
15. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie hat sich die Anzahl aller Straftaten gegenüber Zugbegleitern der Deutschen Bahn AG nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen sieben Jahren entwickelt, und welcher Anteil dieser Straftaten entfiel jeweils auf die Deliktgruppen Beleidigung, Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit sowie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
16. Abgeordnete
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Wie bzw. mit welchem Verfahren wird bei der Bundespolizei und nach Kenntnis der Bundesregierung bei anderen Strafverfolgungsbehörden bei angewandten Urin- und Bluttests unterschied-

den, ob THC-Rückstände auf den Konsum von Nutzhanf mit einem THC-Gehalt von unter 0,2 Prozent oder den aktiven Konsum von nicht legalem Cannabis zurückzuführen sind?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

17. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die – nach Ankündigung eines teilweisen Truppenabzugs (www.theguardian.com/world/2019/jul/09/yemen-uao-confirms-withdrawal-from-port-city-of-hodeidah) – fortgesetzte Präsenz von Truppen der Vereinigten Arabischen Emirate im Jemen einschließlich im Umfeld der Stadt al-Hodeida?
18. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über die Umstände der Inhaftierung des iranischen Exiloppositionellen Ruhollah Sam durch die iranischen Revolutionsgarden vor (www.zeit.de/news/2019-10/14/iran-meldet-festnahme-von-oppositionellem-aus-frankreich), und inwieweit unterstützt die Bundesregierung die Bemühungen Frankreichs, auf die Freilassung von Sam und der Wissenschaftlicher Fariba Abdelkhah und Roland Marchal (www.zeit.de/news/2019-10/16/weiterer-franzoesischer-foerscher-im-iran-festgenommen) hinzuwirken?
19. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass die am türkischen Angriff auf Nordsyrien beteiligte „Syrische Nationalarmee“ der sogenannten „syrischen Übergangsregierung“ untersteht, die aus der „Nationalkoalition syrischer Revolutions- und Oppositionskräfte“ (ETILAF) hervorgegangen ist, welche die Bundesregierung als einzige legitime Vertretung des syrischen Volkes betrachtet, und welche Unterstützung leistet die Bundesregierung für das Verbindungsbüro der sogenannten „syrischen Opposition“ in der Chausseestraße in Berlin, das nach Angaben der Bundesregierung zur Infrastruktur der ETILAF gehört (Bundestagsdrucksachen 19/1471, 19/6817, <http://en.etilaf.org/all-news/news/sig-announces-merger-between-national-army-national-liberation-front.html>; www.aa.com.tr/en/middle-east/free-syrian-army-transforms-info-syrian-national-army/1607384)?

20. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung über die Situation von 2 500 Schutzsuchenden im Lager Vucjak in Bosnien und Herzegowina bekannt, in dem nach Medienberichten ab dem 21. Oktober 2019 jegliche Versorgung durch das Internationale Rote Kreuz und die Stadt Bihać eingestellt werden soll (www.6yka.com/novosti/fazlic-od-ponedjelka-potpuna-obustava-pruzanja-pomoci-migrantima-u-bihacu), und welche Konsequenzen zieht sie daraus, dass sich die Internationale Organisation für Migration (IOM) über die Bereitstellung von Bussen an der zwangsweisen Verbringung von 1 500 Schutzsuchenden aus der Stadt Bihać in dieses Lager beteiligt hat (https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=10219970701206261&id=1484601510)?
21. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- In welchen von Deutschland initiierten Projekten, Initiativen und Abkommen auf internationaler Ebene und in welchen Gesetzgebungsvorhaben der Bundesregierung haben bisher Aspekte des sogenannten „Migrationspakts“ Eingang gefunden?
22. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie plant die Bundesregierung, die weiterhin an der EU-Türkei-Erklärung festhalten will (vgl. Antwort zu Frage 44 des Staatsministers Niels Annen, Plenarprotokoll 19/117, S. 14368, damit umzugehen, dass die meisten Menschen, die zur Zeit auf den griechischen Inseln ankommen, aus Syrien, dem Irak und Afghanistan stammen und damit aufgrund der griechischen Gesetzgebung von Eilverfahren im Rahmen der EU-Türkei-Erklärung ausgeschlossen sind sowie den Anspruch auf ein reguläres Asylverfahren haben (vgl. www.spiegel.de/plus/fluechtlinge-der-eu-tuerkei-deal-ist-gescheitert-a-00000000-0002-0001-0000-000166382685), und wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, schnell und unbürokratisch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus den sogenannten Hotspots auf den griechischen Inseln aufzunehmen, um die katastrophale Situation in den Flüchtlingslagern zu verbessern?
23. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund des abgesagten Treffens von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit dem ecuadorianischen Präsidenten Lenín Moreno vom 9. Oktober 2019 Kenntnisse über die Meldungen der letzten Tage, wonach verschiedene Oppositionspolitiker der Partei Revolución Ciudadana (RC) des ehemaligen Präsidenten Rafael Correa im Zuge der Proteste gegen die vom IWF eingeforderten Sparmaßnahmen in Ecuador festgenommen wurden

(<https://twitter.com/PaolaPabonC/status/1183706429389189120>) oder politisches Asyl wegen politischer Verfolgung erbitten mussten (www.reuters.com/article/us-ecuador-protests-mexico/mexico-offers-protection-to-six-people-at-its-embassy-in-ecuador-idUSKBN1WU02D), und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung bezüglich eines möglichen Ersatztreffens mit Moreno aus den Verhaftungen von Oppositionspolitikern in Ecuador im Vergleich zu den Verhaftungen oppositioneller Politiker in Venezuela (www.spiegel.de/politik/ausland/leopoldo-lopez-venezuela-ehefrau-meldet-festnahme-durch-geheimdienst-1-1160824.html)?

24. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)

Wie sehen die Kenntnisse der Bundesregierung darüber aus, wie viele Verletzte es auf Seiten der Demonstrierenden durch Anwendung von Gewalt der Guardia Civil seit Verkündung des Urteils des Obersten Gerichtshofs Spaniens gegen katalanische Politiker (Freiheitsstrafe bis zu 13 Jahren für neun Angeklagte) gegeben hat, und beabsichtigt die Bundesregierung, diese Erkenntnisse gegenüber der spanischen zu thematisieren?

25. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welchen konkreten nächsten Schritten strebt die Bundesregierung an, angesichts der momentanen Lage in der anglophonen Krise in Kamerun zügig eine gemeinsame europäische Politik gegenüber Kamerun voranzutreiben, wie es der Afrikabeauftragte der Bundesregierung Günter Nooke nach seiner Reise nach Kamerun vor Kurzem in Aussicht stellte (www.dw.com/de/g%C3%BCnter-nooke-dialog-in-kamerun-darf-nicht-scheitern/a-50664459), und welche Strategie verfolgt die Bundesregierung, um die Rolle Frankreichs in Kamerun wie beispielsweise dessen Unterstützung für eine zentralistische Staatsstruktur mit einer starken Präsidentin/einem starken Präsidenten zu klären, wie von Nooke als notwendig erachtet (ebd.)?

26. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Wie evaluiert die Bundesregierung von ihr unterstützte Wirtschafts- und andere Sanktionen hinsichtlich ihrer Effektivität (Beitrag zum Erreichen des definierten Zieles, Einfluss der Sanktionen auf die Wirtschaft des sanktionierten und des sanktionierenden Landes), und zu welchem Ergebnis hat diese Evaluierung bei den gegen die Russische Föderation verhängten Sanktionen geführt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

27. Abgeordneter
Dr. Marcel Klinge
(FDP)
- Bis wann ist, nach aktuellem Stand, mit der Veröffentlichung der überarbeiteten Rohstoffstrategie der Bundesregierung zu rechnen, und welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung seit dem Fristende zur Stellungnahme zur Erarbeitung der Rohstoffstrategie der Bundesregierung (23. Mai 2019) durch Verbände, Unternehmen, Organisationen, Institutionen sowie Expertinnen und Experten unternommen?
28. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche der bereits im Juni 2019 mit Brief von Bundesminister Peter Altmaier an die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD angekündigten Reformen beim Mieterstrom (www.energatemessenger.de/news/192703/altmaier-sagt-aende-rungen-beim-mieterstrom-zu), plant die Bundesregierung umzusetzen, und wann genau wird die Bundesregierung das für Herbst 2019 angekündigte Gesetz zur Stärkung des Mieterstroms in den Bundestag einbringen?
29. Abgeordneter
Markus Tressel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ab welchem Haushaltsjahr sollen erstmals nicht abgerufene Fördermittel überjährig gebündelt und in strukturschwachen Regionen eingesetzt werden, wie im Eckpunktepapier der Bundesregierung zur Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ veröffentlicht?
30. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie oft hat die Bundesregierung bisher mit den verschiedenen Firmen zur Abschaltung von Braunkohlekraftwerken und zur Beendigung von Tagebauen verhandelt, und an welchem Punkt befinden sich die Verhandlungen aktuell?
31. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit bedeutet die von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung zum EU-Gipfel im Bundestag am 17. Oktober 2019 getätigte Aussage, dass „die Bundesregierung unter den jetzigen Bedingungen auch keine Waffen an die Türkei liefern“ wird, dass ab sofort ein genereller Exportstopp sowohl für alle Rüstungsgüter im Sinne eines Genehmigungsstopps als auch Stopps der tatsächlichen Ausfuhr genehmigter Rüstungsgüter für die Türkei verhängt wird (dpa vom 17. Oktober 2019), vor dem Hintergrund, dass die von Bundesaußenminister Heiko Maas verkündeten Einschränkungen der Rüstungsexporte in die Türkei lediglich einen Genehmigungsstopp für Waffen, die von der Türkei im militärischen Einsatz im Rahmen des Einmarsches in Syrien eingesetzt werden können (Reu-

ters vom 12. Oktober 2019), bedeuteten und beispielsweise nicht auf Kriegswaffenimporte im maritimen Bereich gelten würden (dpa vom 17. Oktober 2019), und inwieweit betreffen die Einschränkungen der Rüstungsexporte in die Türkei auch europäische Gemeinschaftsprojekte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

32. Abgeordneter
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann beginnt die Bundesregierung damit, ausreichende, verlässliche und belastbare Daten zur Situation auf den Gewerbemietmärkten zu erheben, da sie in der Antwort auf meine Schriftliche Frage 68 auf Bundestagsdrucksache 19/8434 zum Schutz von Gewerbemietern mitteilt, dass ihr „aktuell keine verlässlichen und belastbaren Daten vorliegen“, sowie auf die Mündliche Frage 56, Plenarprotokoll 19/117, Seite 14373 antwortet, dass ihr „allerdings derzeit eine ausreichende Datengrundlage fehlt“, und falls sie nicht damit beginnt, warum sie im Unterschied zum Wohnungsmietmarkt, für den umfangreiche Datenerhebungen vorliegen, dies nicht für notwendig erachtet?
33. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche Gesprächstermine mit welchen Teilnehmern (bitte Angabe von Namen und Organisationen der letzten 14 Treffen) fanden mit Vertretern der Bundesregierung im Rahmen des von der Bundesregierung initiierten „Zukunftsdialogs soziale Netzwerke“ statt?
34. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welche gesellschaftlichen Ursachen hat das Phänomen des sogenannten Upskirting nach Ansicht der Bundesregierung, und welche Untersuchungen, statistischen Erhebungen und dergleichen wurden von der Bundesregierung durchgeführt, um diese Ursachen zu lokalisieren und zu quantifizieren (www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-09/upskirting-straftbar-christine-lamb-recht-gesetz-heimlich-fotografieren-rock) ?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

35. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2011 bis 2018 jeweils (nach Mikrozensus) die absolute Zahl der armutsgefährdeten Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern sowie ihr Anteil an allen Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern, und wie hoch waren (nach Mikrozensus) in den Jahren von 2013 bis 2018 jeweils die absolute Zahl der armutsgefährdeten Personen in Deutschland sowie ihr Anteil an der deutschen Bevölkerung (falls teils keine Daten für Personen verfügbar, bitte stattdessen für alle Teilaspekte untereinander vergleichbare Daten für Haushalte angeben; falls absolute Zahlen nach Mikrozensus nicht verfügbar, bitte nur die absoluten Zahlen andere Datenquelle verwenden)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

36. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie viele Angehörige der Streitkräfte der Türkei (Offiziere, Offiziersanwärter) waren von 2016 bis 2019 an Ausbildungsprogrammen (wie z. B. Offiziersausbildung, Lehrgang Generalstabs-/Admiralstabsdienst International – LGAI –, VN-Militärbeobachter- und VN-Stabsoffiziersausbildung, Multinational Joint Logistic Base Course) der Bundeswehr beteiligt (bitte entsprechend nach Jahren der Lehrgangsbereiche getrennt auflisten), und wie viele Angehörige der Türkischen Nationalpolizei waren von 2016 bis 2019 im Rahmen von Maßnahmen (Übungen, Lehrgänge, Besprechungen etc.) der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit deutschen Sicherheitsbehörden (wie z. B. Bundeskriminalamt, Bundespolizei, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischer Abschirmdienst) geschult bzw. ausgebildet (bitte entsprechend nach Jahren die Lehrgangsbereiche getrennt auflisten)?
37. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie oft wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Beginn der Tornado-Aufklärungsflüge über Syrien bis zum kürzlich bekanntgegebenen Stopp („Anti-IS-Allianz liefert Türkei keine Aufklärungsdaten mehr“, tagesspiegel.de, 16. Okto-

ber 2019) daraus gewonnene Daten an die Türkei weitergegeben, und in wie vielen Fällen hat der in Katar stationierte deutsche Vertreter („Red Card Holder“) eine Weitergabe von Daten verweigert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

38. Abgeordneter
Markus Tressel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Format (Teilnehmendenkreis und Zeitplan), wie im Eckpunktepapier der Bundesregierung zur Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ veröffentlicht, wird die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern Struktur- schwächeindikatoren festlegen, und welche Indikatoren kommen hierfür aus Sicht der Bundesregierung in Frage?
39. Abgeordneter
Dr. Gero Clemens Hocker
(FDP)
- Hat Bundesministerin Julia Klöckner den in der „Thüringer Allgemeinen“ vom 2. Oktober 2019 zitierten Satz in Bezug auf die durch die EU-Nitratrichtlinie drohenden Strafzahlungen in Höhe von 800 000 Euro pro Tag: „Und die ziehe ich dann ab von den jährlichen 4,1 Milliarden Euro, die zurzeit für die soziale Sicherung der Landwirte bereitstehen“, so gesagt, und wenn ja, bleibt sie bei der Gültigkeit ihrer Aussage (www.thueringer-allgemeine.de/regionen/nordhausen/bundesministerin-besucht-bleicherode-id227255471.html?utm_source=Facebook&utm_medium=Social&utm_campaign=share&__pwh=q%2FTYkVPizspqz%2FiHfb1Yw%3D%3D&fbclid=IwAR3cFUG173uxPVV-9-6rsGrNJ4c1wRGUxDBjBduVITRf7YAuRD Mara9RIXw)?
40. Abgeordneter
Dr. Gero Clemens Hocker
(FDP)
- Hat Bundesministerin Julia Klöckner den in der „Thüringer Allgemeinen“ vom 2. Oktober 2019 zitierten Satz, Glyphosat sei „ein totes Pferd, die Akzeptanz ist nicht da“, so gesagt, und wenn ja, wie wägt die Bundesministerin bei politischen Entscheidungen, speziell beim Thema Glyphosat, die vermeintlich nicht vorhandene Akzeptanz in der Bevölkerung einerseits sowie sachliche und wissenschaftliche Argumente andererseits gegeneinander ab, um zu einer Entscheidung zu gelangen?
41. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Welche Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland gehen nach Kenntnis der Bundesregierung mit dem sogenannten „Ag-

rarpaket“ einher (<https://m.tagesspiegel.de/wirtschaft/agrarpaket-der-bundesregierung-es-soll-wieder-summen-und-brummen/24980222.html>), und wie groß ist die landwirtschaftliche Fläche, die im Zuge des „Aktionsprogrammes Insektenschutz“ nach Kenntnis des BMEL von den geplanten Pflanzenschutzmittelrestriktionen betroffen sein wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

42. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen ist im aktuellen Entwurf des Gesetzes zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt kein Kuratorium mehr zur Einbindung der Zivilgesellschaft vorgesehen, wie es in ursprünglichen Planungen noch vorgesehen war (vgl. www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2019/10/Stellungnahme-Deutscher-Frauenrat-RefE-Engagementstiftung.pdf)?
43. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung angesichts der Kritik von Organisationen und Verbänden wie zum Beispiel dem Deutschen Frauenrat, die eine zu geringe Einbindung der Zivilgesellschaft in die Gremien der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt beklagen (vgl. ebd.)?
44. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Menschen derzeit von Einsamkeit und sozialer Isolation betroffen sind (falls möglich, bitte nach Altersgruppen 45 bis 54 Jahre, 55 bis 64 Jahre, 65 bis 74 Jahre, 75 bis 84 Jahre sowie über 84 Jahre alt differenzieren), und sieht die Bundesregierung diesbezüglich Handlungsbedarf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

45. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung die Entwicklung von Leitlinien zur Umsetzung des Zugangs zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen, wie von der Weltgesundheitsorganisation empfohlen (World Health Organization, Safe abortion: technical and

policy guidance for health systems – 2nd ed., 2012), und falls ja, in welchem Zeitrahmen soll eine solche Leitlinie erstellt werden?

46. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt das Bundesgesundheitsministerium die Bundeskanzlerin im Bestreben, noch in diesem Jahr ein Tabakwerbeverbot anzustoßen (vgl. Plenarprotokoll 19/106, Seite 12996), und existiert bereits der Entwurf für ein entsprechendes Gesetz?
47. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann werden die, wie mir bekannt wurde, bereits vorliegenden Ergebnisse der Entwicklung eines strukturierten, empirisch abgesicherten und validen Verfahrens für die Personalbemessung in Pflegeeinrichtungen (§ 113c des Elften Buches Sozialgesetzbuch) veröffentlicht, und wann beginnt die Erprobungsphase?
48. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bewertet die Bundesregierung die Versorgungsqualität im stationären Setting höher als im ambulanten Setting, und welche Evidenz führt sie für ihre Position an?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

49. Abgeordneter
Bernd Reuther
(FDP)
- Wann ist mit dem Ende der Ressortabstimmung zur Novelle des Gemeindefinanzierungsgesetzes zu rechnen?
50. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung die Kürzung der Haushaltsmittel für den Haushaltstitel „Zuschüsse für Präventionsmaßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit“ (1210 686 07-729) um 1,5 Millionen Euro für das Jahr 2020, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD (Seite 79) vereinbarte „Vision Zero“ bereits erreicht ist?
51. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich das jeweilige Alter folgender unterirdischer Personenverkehrsanlagen im Zeitraum von 2015 bis 2019 entwickelt (unter Bezugnahme auf Bundestagsdrucksache 19/13105, Antwort zu Frage 7, wonach das Durchschnittsalter aller unterirdischen Personenverkehrsanlagen zwischen 2015 und 2019 – womöglich unter Berücksichti-

gung einer Korrektur wie bei den Eisenbahnbrücken – von 31 auf 38 Jahre erhöht hat): Station Hauptbahnhof (tief) Stuttgart, Station Stadtmitte Stuttgart, Station Feuersee Stuttgart, Station Schwabstraße Stuttgart, Station Universität Stuttgart, Station Flughafen Stuttgart, Station München Hauptbahnhof, Station Karlsplatz (Stachus), Station Marienplatz, Station Isartor, Station Rosenheimer Platz, Station Unterföhring, Station Ismaning, Station Flughafen München, und wie lässt sich der Alterungsprozess aller Anlagen von 31 auf 38 Jahre erklären?

52. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, dass Ersatzinvestitionen nach der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) nur sozusagen „gleichwertig“, nicht aber „höherwertig“ (indem beispielsweise eine mit 60 km/h überfahrbare Weiche durch eine mit 100 km/h überfahrbare Weiche) getätigt werden dürfen, und in welchem Ausmaß werden die Trassenpreise dadurch steigen, dass durch den Vertrag für die LuFV III höhere Dividendenzahlungen von der Deutschen Bahn AG an den Bundeshaushalt verlangt werden (in den Jahren von 2014 bis 2018 wurden durchschnittlich pro Jahr 560 Millionen Euro abgeführt, siehe Deutsche Bahn: Integrierter Bericht 2018, www.deutschebahn.com/resource/blob/4045194/462384b76cf49fe8ec715f41e4a3202a/19-03-IB-data.pdf., Seite 2, in den Jahren von 2020 bis 2024 werden durchschnittlich 650 Millionen Euro erwartet, vgl. Vertragsentwurf über die LuFV III, Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, Ausschussdrucksache 19(15)269, Seite 10)?

53. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Haben die von der Deutschen Bahn AG aufgenommenen Hybridanleihen mit einem Volumen von voraussichtlich rund 2 Milliarden Euro nach Auffassung der Bundesregierung Auswirkungen auf die Verschuldung des Konzerns, und verstößt die Deutsche Bahn AG nach Auffassung der Bundesregierung damit gegen die durch den Deutschen Bundestag festgesetzte Schuldengrenze von maximal 20 Milliarden Euro (www.faz.net/aktuell/finanzen/hybridanleihe-deutsche-bahn-nimmt-milliarden-am-kapitalmarkt-auf-16425238.html) ?

54. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)

Was plant die Bundesregierung in Bezug auf autonomes Fahren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

55. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)
- Warum wird bei der Ermittlung des Flottenverbrauchs von PKW-Herstellern gemäß Verordnung (EU) Nr. 333/2014 bei Elektrofahrzeugen ein CO₂-Emissionswert von „null“ anstelle einer Verrechnung des Energiebedarfs mit der Karbonintensität des deutschen Strommixes zur Berechnung herangezogen (E-Fahrzeuge als „Null-Emissions-Fahrzeuge“: Ökonomische Trends-Elektroautos-Dudenhoeffler.pdf)?
56. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern setzt sich die Bundesregierung in den europäischen Verhandlungen über die Neufestlegung der sogenannten Konformitätsfaktoren für die Stickoxidemissionen bei Pkw-Abgastests im Realbetrieb (Verordnungsvorschlag KOM(2019) 208 endg.) dafür ein, dass ein geringerer vorläufiger Konformitätsfaktor als 2,1 festgelegt wird und beim endgültigen Konformitätsfaktor mit dem Wert 1,0 eine geringere Toleranz als 0,43 festgelegt wird?
57. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern setzt sich die Bundesregierung in den europäischen Verhandlungen über die Neufestlegung der sogenannten Konformitätsfaktoren für die Stickoxidemissionen bei Pkw-Abgastests im Realbetrieb (Verordnungsvorschlag KOM(2019) 208 endg.) dafür ein, dass die EU-Kommission ermächtigt wird, weitere Absenkungen der Konformitätsfaktoren bzw. Toleranzwerte z. B. über delegierte Rechtsakte vorzunehmen, und bei welchen Verhandlungspunkten zum Verordnungsvorschlag insgesamt bestehen Prüfvorbehalte bzw. abweichende Positionen der Bundesregierung?
58. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den jeweiligen Emissionseinsparungen der einzelnen Maßnahmen des Klimaschutzprogramms 2030 (www.bmu.de/download/klimaschutzprogramm-2030-zur-umsetzung-des-klimaschutzplans-2050/) liegen dem Bundeskanzleramt vor, und wie bewertet das Bundeskanzleramt vor dem Hintergrund der Ziele des Klimaabkommens von Paris die Summe der so ermittelten Emissionseinsparungen?
59. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern unterstützt die Bundesregierung das Ziel von EU-Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen, das europäische Klimaziel auf minus 55 Prozent CO₂ 2030 anzuheben, auch und

obwohl das bedeutet, dass jeder Staat in der Europäischen Union seine nationalen Klimaziele anpassen muss www.energate-messenger.de/news/194531/merkel-offen-fuer-schaefers-eu-klimaziel/?)

60. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie haben sich Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und der französische Staatspräsident Emmanuel Macron beim deutsch-französischen Ministerrat am 16. Oktober 2019 jeweils zur Anhebung des europäischen Klimaziels von 40 Prozent positioniert (bitte unter Angabe der konkret diskutierten Zielvorgaben), und welche Vorschläge wurden von der deutschen und französischen Seite jeweils für die Höhe einer Mindestbepreisung beim CO₂-Ausstoß im Rahmen des europäischen Emissionshandelssystems gemacht (bitte unter Angabe der konkreten Preisvorschläge; www.tagesschau.de/ausland/merkel-macron-229.html)?

61. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie begründet die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer zwecks einer erhofften etwaigen künftigen Energieversorgungsoption starken Unterstützung für Kernfusionsforschung und insbesondere das Fusionsreaktorvorhaben ITER (vgl. Aussagen der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek, in der Befragung der Bundesregierung am 30. Januar 2019, Plenarprotokoll 19/76, Seite 8869 und Bundesbericht Energieforschung 2019), dass sie keine eigenen Erkenntnisse zu den global wichtigsten bereits vorhandenen wie auch künftigen Produktionskapazitäten für das zur Kernfusion benötigte Tritium hat (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 22, Plenarprotokoll 19/117, Anlage 2 und bezüglich Tritium-Bedarfs von Fusionsreaktoren beispielsweise <https://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2018:0445:FIN:DE:PDF>), und was hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode bislang konkret unternommen, um betreffende eigene Erkenntnis zu erlangen (ggf. bitte vollständige, ausführliche Angabe)?

62. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Unfallcharakteristika wie insbesondere Ort, Art, Ausgangsnuklearmaterial und Ereignisschwere lassen sich „auf Basis der vom russischen Wetterdienst Roshydromet am 8. und 26. August 2019 veröffentlichten Messdaten“ aus Sicht der Bundesregierung zu dem Unfall mit Radioaktivitätsfreisetzung bei Sewerodwinsk am Weißen Meer vom 8. August 2019 abschätzen (bitte möglichst ausführliche und konkrete Angabe; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 70 auf Bundestagsdrucksache

19/13725, und was lässt sich aus Sicht der Bundesregierung insbesondere aus dem Umstand schlussfolgern, dass von „einem Nachweis aerosolgetragener Spaltprodukte, wie radioaktivem Jod oder Cäsium“, nicht berichtet wurde (vgl. vorgenannte Antwort der Bundesregierung)?

63. Abgeordneter
Karlheinz Busen
(FDP)
- Inwieweit sieht das Bundeskanzleramt zwischen dem Bundesumweltministerium und dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Sachen Wolf (www.tagesschau.de/Inland/kanzleramt-woelfe-101.html) nach der Kritik an dem vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (www.spiegel.de/politik/deutschland/woelfe-svenja-schulze-legt-nach-eklat-umwolf-gesetz-nach-a-1269094.html) einen Anpassungsbedarf beim Entwurf, um den Wolfsbestand jagdlich effektiv zu regulieren und ein wirksames Wolfsmanagement zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

64. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wie viele Mittel hat die Bundesregierung im laufenden Jahr im Rahmen des Compact with Africa (CwA) verausgabt (bitte nach Einzelplänen auflisten), und welche anderen G20-Staaten beteiligen sich neben Deutschland bei der Finanzierung bzw. Ausgestaltung des CwA?
65. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern setzt sich die Bundesregierung mit ihrer Stimme im Vorstand der Interamerikanischen Entwicklungsbanken IDB und IDB Invest dafür ein, dass eine interne Untersuchung bei IDB Invest wegen möglicher Verstöße gegen interne Umwelt- und Sozialstandards im Zusammenhang mit dem kolumbianischen Wasserkraftprojekt Hidroituanngo eingeleitet werde, wie im Juli 2019 von der unabhängigen Beschwerdestelle der IDB-Gruppe (MICJ) empfohlen worden war (www.ciel.org/news/inter-american-development-bank-washes-its-hands-of-responsibility-for-dangerous-hidroituango-dam-and-related-human-rights-violations-in-colombia/), und zu welchem Ergebnis kam die Diskussion zu diesem Thema beim Vorstandstreffen der IDB vergangene Woche?

66. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass durch die 242 000 Arbeitsplätze, die im Rahmen der deutschen „Beschäftigungsinitiative Nahost“ geschaffen wurden, Mitglieder von Terrororganisationen finanziell unterstützt wurden oder werden (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/info/broschueren/Materialie299_cash_for_work.pdf) ?
67. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Hält es die Bundesregierung für eine sinnvolle Schwerpunktsetzung, angesichts der mir gegenüber vom deutschen Botschafter in Mexiko in einem Gespräch geschilderten Sicherheitsprobleme in Mexiko mit mehr als 30 000 Mordopfern im Jahre 2018, mehr als 37 000 verschwundenen Personen und einer Aufklärungsquote von nur 2 Prozent bei Kapitalverbrechen, über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH Hilfgelder für die Schaffung von „grünem“ ÖPNV einzusetzen, statt sich für Projekte zu engagieren, die der Sicherheit der Menschen in Mexiko zugutekommen?

